

- Marable, M. (1995) *Beyond Black and White*, London.
- Marable, M. (1997) Jenseits ethnischer Identitätspolitik: Integration, Abgrenzung oder „multikulturelle Solidarität“?, in: Lühje/Scherrer (1997).
- Moberg, D. (1996) The New Union Label in *The Nation*, April 1.
- Montgomery, D. (1979) *Workers Control in America*, Cambridge.
- Montgomery, D. (1987) *The Fall of the House of Labor. The Work Place, the State, and American Labor Activism, 1865-1925*, Cambridge.
- Moody, K. (1988) *An Injury to All. The Decline of American Unionism*, London.
- Moody, K. (1997) *Workers in a Lean World. Unions in the International Economy*, London.
- Olney, P. (1997) Arbeitskämpfe und gewerkschaftliche Organisierung in den Sweatshops von Los Angeles, in: Lühje/Scherrer (1997).
- Omi, M. and H. Winant (1986) *Racial Formation in the United States*, New York.
- Park, E. J.-W. (1992) *Asian Americans in the Silicon Valley: Race and Ethnicity in the Postindustrial Economy*. Ph. D. dissertation, University of California Berkeley.
- Phillips, G. (1997) Kalifornien 1996: Schwarze, Latinos und der Angriff auf Affirmative Action, in: Lühje/Scherrer (1997).
- Roediger, D. (1994) *Toward the Abolition of Whiteness*, London.
- Roth, K.-H. (ed.) (1994) *Die Wiederkehr der Proletariat - Die Debatte*, Frankfurt.
- Scharenberg, A. (1993) *Rassismus in der US-Arbeiterbewegung: Entwicklungslinien von 1865 bis 1915*. Hamburg.
- Schatz, R. (1983) *The Electrical Workers*. Urbana.
- Scherrer, C. (1992) *Im Bann des Fordismus*, Berlin.
- Tenfelde, K. (1987) Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Borsdorf, U. (ed.) *Geschichte der Deutschen Gewerkschaften*, Köln.
- Wellman, D. (1995) *The Union Makes Us Strong. Political Unionism at the San Francisco Waterfront*, Cambridge.
- Wilpert, C. (1998) Migration and informal work in the new Berlin: new forms of work or new sources of labour? in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 24 No. 2: 269-294.
- Wolkinson, B. W. (1973) *Blacks, Unions, and the EEOC: A Study of Administrative Futility*, Lexington, Mass..
- Wong, K. (1997) Asiatische ImmigrantInnen und US-Gewerkschaften, in: Lühje/Scherrer (1997).

Silke van Dyk

Im Konsens aus der Krise? Die Rolle von Gewerkschaften in „Erfolgspartnerschaften“ am Beispiel des niederländischen Poldermodells

Weniges war in West-Europa zu Beginn der 1980er Jahre so unbestritten wie die Existenz der Talsohle, die die Gewerkschaften seit dem Ende des fordistischen Klassenkompromisses der 70er Jahre durchschritten. Sinkende Mitgliedszahlen, der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, im Zuge dessen traditionell stark organisierte Kernbereiche der industriellen Produktion schrumpften, wachsende Arbeitslosigkeit und ein sich ausbreitender angebotspolitischer 'Mainstream' bildeten die Grundlage für eine allseits konstatierte Defensive (vgl. Baglioni/Crouch 1990). Die Debatte über das Scheitern des Keynesianismus sowie die diskutierten Herausforderungen einer sich zunehmend globalisierenden Ökonomie ließen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit zunehmend als veraltete, wandlungsunfähige Vertreterinnen von Partikularinteressen erscheinen. Ihr Zeitalter schien vorbei zu sein.

Doch entgegen aller Prophezeiungen bewegen sich die Gewerkschaften 15 Jahre später wieder im Zentrum des politischen Geschehens: In vielen europäischen Ländern ist die angebotspolitische Wende nicht mit der von zahlreichen Seiten prognostizierten und von den ArbeitnehmervertreterInnen befürchteten Marginalisierung, sondern mit der expliziten Integration der Gewerkschaften in den Politikprozess einhergegangen. Im Zuge stetig zunehmender Arbeitslosigkeit und der in diesem Zusammenhang konstatierten Krise des Wohlfahrtsstaates sind in den letzten Jahren in zahlreichen europäischen Ländern themen- und ressortübergreifende Dreieckskooperationen zwischen Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften entstanden (vgl. Fajertag/Pochet 2000). Allen Pakten gemeinsam sind die drei zentralen Ziele: Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Sanierung der öffentlichen Haushalte und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die als neuer Konsens zwischen den Beteiligten gelten.¹

1 Die vielzitierten Termini 'Wettbewerbskorporatismus' (vgl. Rhodes 1998) und 'Angebotskorporatismus' (vgl. Traxler 1993) stehen für die Abgrenzung der neuen Kooperationen vom keynesianisch geprägten Neo-Korporatismus der 70er Jahre ('Nachfragekorporatismus').

„One fundamental element which typifies the process of drawing up pacts [...] is the emergence of a consensual analysis among the parties of the implications of a changing system of production and the formulation of joint preferences [...].“ (Pochet/Fajertag 2000: 18)

Dieser Konsens, der durch eine Anpassung der Gewerkschaftsposition an die der anderen Akteure möglich wurde, sichert ihnen einen Platz am Verhandlungstisch und gilt als Zeichen dafür, dass die gewerkschaftliche Krise überwunden ist.

Doch so sehr die Auflösung der Krise durch den Konsens beschworen wird, so wenig werden in der Regel die Bedingungen des gewerkschaftlichen Anpassungsprozesses, die daraus resultierenden innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, das Wesen und die Struktur des Konsenses oder das Verhältnis von Konsens und Krise beleuchtet. Genauer gesagt: Die Gewerkschaften befinden sich im Brennpunkt der Debatte, um dort ein Schattendasein zu führen.

Die verbreitete Entproblematisierung des Konsenses liegt in der Annahme begründet, dass eine den Interessen und dem Wohl aller Beteiligten entsprechende 'richtige' Kombination von ökonomischen Notwendigkeiten und sozialen Erfordernissen objektiv bestimmbar sei (vgl. Negrelli 2000: 90). Das sogenannte Gemeinwohl² wird zum entscheidenden Bezugspunkt (vgl. Visser/Hemerijck 1998: 97; 161ff). Die Lösung eines Problems wird in der Regel aus der Natur des Problems hergeleitet, so dass die angebotspolitische Wende als Ausdruck einer pragmatischen, nicht-ideologischen und notwendigen Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen interpretiert wird (vgl. Rhodes 2001: 101ff). Die Konsensgenese wird damit zum vernunftgeleiteten und verantwortungsbewussten Prozess, der zwar je nach Kontextbedingungen unterschiedlich verlaufen kann (vgl. Regini 2000), in dem Machtbeziehungen jedoch kein entscheidender Faktor sind.

„In this consensual world, where economic efficiency and social justice go hand in hand, conflict is the outcome of outdated adversarial attitudes, not structural relations, and can be resolved by people being 'fair', 'sensible', and 'responsible'.“ (Levitas 1998: 114f)

Der Wandel der Gewerkschaften wird infolgedessen als Ausdruck von 'Lernfähigkeit' und 'Verantwortungsbewusstsein' gewürdigt (Visser/Hemerijck 1998).

Am Beispiel des niederländischen Poldermodells, das als Prototyp eines erfolgreichen Konsensmodells gilt, werde ich im Folgenden illustrieren, dass der angenommene Konsens weitaus brüchiger, ambivalenter und konfliktbehafteter ist, als gemeinhin suggeriert wird. Entscheidend hierfür ist die Differenzierung von verschiedenen Reichweiten des Konsenses, die es ermöglicht, die Parallelität von einem zunehmenden angebotspolitischen Konsens einerseits und heftigen Konflikten – z.B. über Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor – andererseits konzeptionell zu erfassen.

2 In der aktuellen Diskussion weist vor allem Offe auf die der Gemeinwohldefinition inhärente „autoritär-paternalistische Versuchung“ (2002: 64) hin. „Auffällig [...] ist [...] eine Redeweise, die von ‚dem‘ Gemeinwohl im Singular spricht und damit eine Eindeutigkeit suggeriert, die keinen Dissens duldet“ (ebd.: 55).

Anhand des gouvernementalitätstheoretischen Ansatzes von Foucault lässt sich darüber hinaus zeigen, dass der Prozess der Konsensgenese nicht der Ausdruck von Vernunft und Verantwortung war, sondern die machtbedingte Verankerung einer bestimmten Interpretation der Welt als 'wahr' und 'richtig' beinhaltete. Nicht die konsensbedingte Auflösung der gewerkschaftlichen Krise, sondern die krisenbedingte Strukturierung der *Ordnung des Konsenses* tritt aus dieser Perspektive ins Blickfeld. Folglich interessiert nicht nur, ob tatsächlich ein Konsens vorliegt, d.h. ob bestimmte Lösungen oder Interpretationen tatsächlich von allen Seiten akzeptiert werden, sondern darüber hinaus, unter welchen Bedingungen die Akzeptanz zustande gekommen ist. Die 'governmentality studies' sind hier insbesondere deshalb weiterführend, da mit der Konzeption von Macht als „Führen der Führungen“ (Foucault 1987: 255) sowohl (institutionalisierte) Machtungleichgewichte und darauf beruhende 'Fremdführung' als auch die 'Selbstführung' von Individuen und Kollektiven durch aktive Aneignungsprozesse erfasst werden können.

Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über Kernelemente des Poldermodells sowie die niederländische Gewerkschaftsbewegung gegeben. Im Anschluss daran systematisiere ich die Konsensanalyse und erörtere in diesem Zusammenhang relevante Aspekte der Gouvernementalitätstheorie. Schließlich wird die Ordnung des Konsenses am empirischen Material illustriert.

1. Das niederländische Poldermodell und die Gewerkschaften

Mitte der 90er Jahre wurden die Niederlande als sogenanntes Poldermodell weltberühmt. Aus der sogenannten 'dutch disease' zu Beginn der 80er Jahre mit einer Arbeitslosigkeit von über 12% (1983), einer im europäischen Vergleich sehr niedrigen Beschäftigungsquote und einem großen Finanzdefizit im öffentlichen Sektor war das vielbeachtete 'dutch miracle' geworden (vgl. Visser/Hemerijck 1998): Die Arbeitslosenquote war bis 1998 auf 4% gesunken, der öffentliche Haushalt nahezu ausgeglichen (vgl. CPB 1997), das Beschäftigungswachstum lag deutlich über dem EU-Durchschnitt und die Beschäftigungsquote erstmals im europäischen Mittelfeld (vgl. OECD Employment Outlook 1997, 1998, 1999). Doch nicht nur niederländische Beschäftigungsquoten und Arbeitslosenraten werden seitdem allerorten diskutiert. Die niederländische Politik gilt als Beispiel einer gelungenen Anpassungsstrategie an veränderte Rahmenbedingungen, das Land als erfolgreicher Prototyp eines sogenannten Dritten Weges zwischen Überregulierung und radikaler Liberalisierung (vgl. Wilthagen 1998).

„The Government defends a policy mix that combines five programmes: fiscal consolidation, a stable monetary climate, wage cost moderation supported by general and generic tax reduction, an activation and if necessary alternative work creating system of social security and a structural policy focusing on flexibilisation and improved allocation of the market.“ (Hemerijck et al. 2000a: 276)

Als zentraler Erfolgsfaktor des gepriesenen Modells gelten der institutionalisierte niederländische Korporatismus³ und die politische Kultur der Konsensdemokratie, die nach gängiger Auffassung die konsensuale Aushandlung der Anpassungsstrategien ermöglicht und ihnen damit eine breite gesellschaftliche Basis geschaffen haben (vgl. Kleinfeld 1997: 217ff; *The Economist* 12.10.1996). Auch die niederländischen Gewerkschaften betonen die Bedeutung des Konsenses aller Akteure auf dem Weg von der 'dutch disease' zum holländischen Beschäftigungswunder (vgl. FNV 1997: 2b).

Das 1982 zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften geschlossene Abkommen von Wassenaar gilt heute als Grundstein des Poldermodells (Visser/Hemerijck 1998: 137ff). In dem Abkommen bekundeten die Gewerkschaften ihre Bereitschaft zur Lohnzurückhaltung, während die Arbeitgeber im Zuge dessen ihr grundsätzliches Veto gegen Arbeitszeitverkürzungen aufgaben. Damit akzeptierten die Gewerkschaften wie bereits vor 1965⁴, und vor allen anderen europäischen Gewerkschaften, den angebotspolitisch fundierten Zusammenhang von Lohnhöhe und Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Hemerijck et al. 2000b: 216; Becker 2001: 28). Der 1982 eingeschlagene Kurs wurde durch weitere Abkommen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre erneuert. Eng verbunden mit dem Poldermodell ist in der öffentlichen Aufmerksamkeit ferner die 1996 zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern getroffene Vereinbarung *Flexibiliteit en Zekerheid*, in der Flexibilisierung von Normalarbeitsverhältnissen bei gleichzeitiger Regulierung und verbesserter Absicherung von Teilzeit- und Zeitarbeitsverhältnissen festgelegt wurde.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Abkommens von Wassenaar befanden sich die Gewerkschaften in einer schweren Krise: Nach ihrer vergleichsweise starken Stellung in den 70er Jahren gerieten sie im Zuge rasant steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Mitgliedszahlen und der zunehmenden angebotspoli-

3 Hier sind vor allem der Sozial-Ökonomische Rat (SER), in dem je 11 VertreterInnen von Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenverbänden sowie 11 von der Regierung benannte unabhängige Sachverständige vertreten sind, sowie die bipartistische Stiftung der Arbeit (STAR) zu nennen, die beide in der unmittelbaren Nachkriegszeit geschaffen wurden. Damit war der Einfluss der Gewerkschaften im Verhandlungssystem institutionell festgeschrieben, so dass der deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegende Organisationsgrad nur bedingt Auskunft über die gesellschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften gibt. Nachdem der Organisationsgrad zwischen 1979 und 1986 von 35% auf 25% gesunken war, stieg er seit Ende der 80er Jahre langsam wieder auf 28% (1997) an (vgl. Visser 2000: 453).

4 Während in den meisten europäischen Ländern bis weit in die 80er Jahre die strikte Ablehnung eines Lohnkostenwettbewerbs mit einer keynesianisch fundierten Zurückweisung des Zusammenhangs von Lohnhöhe und Wettbewerbsfähigkeit verbunden wurde, unterstützen die niederländischen Gewerkschaften bis Mitte der 60er Jahre eine staatlich gelenkte Niedriglohnstrategie zur Förderung der niederländischen Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Wijngaert 1994: 30). Seit Ende der 60er Jahre erfolgte jedoch eine Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung, die zunehmend ihre vollbeschäftigungsbedingten Machtressourcen mobilisierte und mit der Durchsetzung hoher Lohnforderungen der Niedriglohnstrategie ein Ende bereitete (vgl. Wolinetz 1989: 87).

tischen Ausrichtung der Regierungspolitik Anfang der 80er Jahre in die Defensive (vgl. Visser 1990: 238f). Im Dachverband *Federatie Nederlandse Vakbeweging* (FNV) dominierte eine Krisenstimmung von ausgeprägter Mutlosigkeit (vgl. FNV 1982a: 6). Die in der traditionellen 'Versäulung' der niederländischen Gesellschaft begründete Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in den mit Abstand größten Dachverband FNV – Ende der 70er Jahre durch einer Fusion der katholischen und sozialistischen Dachverbände entstanden – sowie den gemäßigt-konservativen protestantischen Verband *Christelijk Nationaal Vakverbond* (CNV) verschärfte die Position der Schwäche, da es an einem geschlossenen Auftreten fehlte (Akkermans 1999: 254). Durch die Abschaffung der Beratungspflicht des SER, der bis 1995 von der Regierung vor jedem sozial- oder wirtschaftspolitischen Vorhaben angehört werden musste, sowie die Umstrukturierung der Verwaltung der Sozialversicherung haben die Gewerkschaften in der Folgezeit zentrale Einflussbereiche eingebüßt (vgl. van der Veen/Trommel 1998: 21). Mit der zunehmenden Popularität des Poldermodells ging seit Mitte der 90er Jahre jedoch eine unerwartete und plötzliche Aufwertung der Arbeitnehmervertreterinnen einher: 1997 erhielten die durch niedrige Arbeitslosigkeit gestärkten Gewerkschaften gemeinsam mit den ArbeitgeberInnenorganisationen den renommierten Carl-Bertelsmann-Preis für die kooperative Lösung der Arbeitsmarktkrise. Die Entwicklung der niederländischen Erfolgsgeschichte, ihre verbreitete Interpretation als Konsensmodell sowie die Aufwertung, die die Gewerkschaften im Zuge der Kooperation erfahren haben, machen die Niederlande zu einem geeigneten Fallbeispiel für die Analyse der Ordnung des Konsenses.

2. Operationalisierung und Systematisierung der Konsensanalyse

Unter einem Konsens soll im Folgenden die Übereinstimmung der Präferenzen verschiedener Akteure verstanden werden, so dass bei divergierenden Interessen ein Präferenzwandel mindestens eines Akteurs notwendig ist. Die Analyse konsensualer Übereinstimmungen wird durch die Unterscheidung der Akzeptanz, d.h. der Frage der materialen Evidenz eines Konsenses, von den Bedingungen der Akzeptabilität, d.h. den Umständen der Konsensgenese, systematisiert.⁵

5 Die einzige vorliegende Systematik der Bedeutungen von Konsens stammt von Gerhardt Lehbruch aus den 60er Jahren. Er unterscheidet vier Unterarten von Konsens: Erstens den Problemkonsens, womit er das Minimum an Konsens bezeichnet, das für eine Demokratie funktionsnotwendig ist, zweitens den Fundamentalkonsens, der sich auf Spielregeln der Konfliktaustragung, grundlegende Verfassungsnormen und wichtige Bestandteile des ideologischen Wertesystems bezieht, drittens den Autoritätskonsens, der die Zustimmung von Individuen zu einem bestimmten Autoritätsanspruch beinhaltet, und viertens den mehrdimensionalen Konsens, der ausdrückt, dass die genannten Konsensobjekte sich nicht gegenseitig ausschließen (vgl. Lehbruch 1969: 291ff).

2.1. Die Akzeptanz: Der Konsens in unterschiedlichen Reichweiten

Die Frage nach der Akzeptanz ist gleichbedeutend mit der Frage danach, ob und in welchen Punkten eine Übereinstimmung der Präferenzen der Akteure gegeben ist. In diesem Rahmen können Konsens und Konsensäquivalente abgegrenzt, (verbleibende) Konfliktfelder aufgedeckt sowie das Verhältnis von Konsens und Konflikt analysiert werden. Entscheidend für die Differenzierung von Konsens und sogenannten Konsensäquivalenten ist im vorliegenden Fall vor allem die Abgrenzung von 'Konsens' und 'Kompromiss' – von normativer Übereinstimmung und stabiler Austauschbeziehung. Während im Fall eines Konsenses übereinstimmende Präferenzen vorliegen, werden durch einen Kompromiss divergierende Interessen anhand von Austauschprozessen nur punktuell zusammengeführt. Intersubjektive Tauschmaßstäbe sind so lange verzichtbar, wie „die subjektive Einschätzung des jeweiligen Angebotswertes [...] hinreichend motivierend [...] ist, sich auf das Tauschangebot des anderen einzulassen“ (Schmid 1992: 126). Kompromisse leben damit von der Ausschaltung von Konsenserwartungen, d.h. sie leben von dem, was Luhmann „bezahlte Indifferenz“ (Luhmann 1964: 96) genannt hat. Werden diese Austauschprozesse der Analyse entzogen, besteht die Gefahr, eine durch Tauschobjekte 'bezahlte' Einigung für einen Konsens zu halten.⁶

Die Untersuchung, ob und in welchen Punkten konsensuale Übereinstimmungen gegeben sind, wird durch die Differenzierung verschiedener Konsensreichweiten strukturiert. Ich operationalisiere die Reichweiten in Anlehnung an die drei Dimensionen politischen Wandels von Peter Hall (1993: 278f) und unterscheide damit Übereinstimmungen erster, zweiter und dritter Ordnung. Übereinstimmungen erster Ordnung betreffen die konkrete Umsetzung politischer oder ökonomischer Instrumente, z.B. die konkrete Höhe eines Steuersatzes oder die konkrete Lohnforderung, Übereinstimmungen zweiter Ordnung die Instrumentenwahl, also beispielsweise die Konzeption des Steuersystems oder die grundsätzliche Einigung auf eine Politik der Lohnmäßigung. Übereinstimmungen dritter Ordnung beziehen sich schließlich auf grundlegende Deutungsmuster und die Gewichtung politischer Ziele, d.h. zum Beispiel auf das Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit oder aber auf die Orientierung am angebotspolitischen oder keynesianischen Paradigma.

Mit dieser Differenzierung soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass es ein erheblicher Unterschied ist, ob ein Konsens über angebotspolitische Grundsätze oder aber lediglich über – beispielsweise – die konkrete Höhe der Lohnsteuersätze vorliegt. Die Unterscheidung ermöglicht es, zu bestimmen,

6 Tauschbeziehungen als Kern neo-korporatistischer Arrangements spielen in der Korporatismusforschung eine zentrale Rolle (vgl. Pizzorno 1978), wobei insbesondere für die Niederlande darauf hingewiesen wird, dass die Tauschprozesse der 70er Jahre einen brüchig gewordenen vormaligen Konsens ersetzten (vgl. Braun/Keman 1986: 85f).

inwiefern Übereinstimmungen in der konkreten Umsetzung politischer Maßnahmen mit einer grundlegenden Übereinstimmung der Deutungsmuster der Akteure einhergehen. Ebenso ist es möglich, zu erfassen, ob in Konstellationen, die durch Konflikte erster oder zweiter Ordnung geprägt sind, dennoch übereinstimmende Deutungsmuster vorliegen. Von diesen inhaltlichen Reichweiten des Konsenses kann zudem ein Konsens auf der Verfahrensebene unterschieden werden, der die Strukturen der Entscheidungsfindung betrifft. Durch diese Differenzierung von Reichweiten einerseits sowie Verfahrens- und Inhaltsebene andererseits wird die verbreitete schematische Ausschließlichkeit von Konsens und Konflikt aufgehoben. Sie ist ein Instrumentarium, um Ambivalenzen in Verhandlungsprozessen aufzudecken, d.h. die mögliche Ko-Existenz von Konsens und Konflikt der Analyse zugänglich zu machen.

2.2. Die Akzeptabilitätsbedingungen: Der Konsens und seine Genese

Die Analyse der Akzeptabilitätsbedingungen eröffnet den Blick auf Konstruktionsprozesse und Machtwirkungen im Rahmen der Konsensgenese und kann durch Aspekte der Diskurstheorie und der Gouvernementalitätstheorie von Foucault theoretisch fundiert werden. Entscheidend für die Analyse der Konsensgenese ist die Frage, wie es gelingt, dass eine bestimmte Form sozialer Regulierung als 'richtig' erscheint und von allen Akteuren getragen, d.h. für alle akzeptabel wird. Dieser Frage liegt die Annahme zugrunde, dass sich Lösungen eines Problems nicht aus der vermeintlichen Naturalform desselben ableiten lassen, sondern ebenso wie das Problem selbst in gesellschaftlichen Deutungsprozessen konstruiert werden. Foucault betont, dass mit diesem Ansatz nicht die Realität bestimmter Erscheinungen geleugnet, sondern vielmehr gezeigt werden soll, „dass etwas wirklich in der Welt vorhandenes in einem gegebenen Augenblick das Ziel sozialer Regulierung war“ (Foucault 1996: 179). Eine Problemlösung ist damit stets historisch kontingent und real zugleich. Die hohe Arbeitslosigkeit zu Beginn der 80er Jahre war demzufolge genauso real wie die darauf folgende angebotspolitische Wende in vielen europäischen Ländern. Doch diese Wende war – entgegen der verbreiteten Analyse – nicht notwendig mit den wirtschaftlichen Problemen verknüpft, sondern Ausdruck sozialer Regulierung im Rahmen einer spezifischen historischen Konstellation. Hier tritt bei Foucault die „Ordnung des Wahren“ (Foucault 1978: 51) bzw. die „politische Ökonomie der Wahrheit“ (ebd.) ins Zentrum des Blickfeldes:

„[...] die Wahrheit ist von dieser Welt. [...] Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit“ (ebd.).

Die Analyse von Wahrheit besteht bei Foucault aus zwei Schritten: Zunächst werden Universalien dekonstruiert, Evidenzen zerstört und vertraute Denkschemata in Frage gestellt. In einem zweiten Schritt wird dann das spezifische Netz von Kräfteverhältnissen, Interessen und Strategien aufgedeckt, das jene

Selbstverständlichkeiten hervorgebracht und stabilisiert hat. Foucault zeigt durch den historischen Bezug seiner Arbeiten,

„dass das, was ist, nicht immer gewesen ist [...]. Was die Vernunft als ihre Notwendigkeit erfährt oder was vielmehr verschiedene Formen von Rationalität als ihr notwendiges sein („étant“) ausgeben, hat eine Geschichte, die wir vollständig erstellen und aus dem Geflecht der Kontingenzen wiedergewinnen können.“ (Foucault 1996: 179)

Foucaults Skepsis gegenüber einem universalen Wahrheitsbegriff ist also nicht die Negation von Wahrheit, sondern der Versuch, Wahrheiten in ihrer Singularität historisch zu erklären – d.h. Universalien als Singularitäten zu dechiffrieren.

Ein 'Wahrheitsregime' im Sinne Foucaults umfasst mehrere Dimensionen: Dazu zählen neben der Qualifizierung bestimmter Diskurse als 'wahr', die Entwicklung von Mechanismen und Techniken, die eine Unterscheidung der wahren Aussagen von den falschen ermöglichen, der Aufbau von Sanktionsorganen und -modi, die diese Differenzierung unterstützen, und die Festlegung von Personen und Instanzen, die über Wahrheit zu entscheiden haben (vgl. Foucault 1978: 51).⁷ Die Akzeptanz einer sozialen Regulierung ist um so größer und der Zwang um so subtiler,

„je mehr er hinter der Gesetzmäßigkeit dieser Wahrheiten und der Notwendigkeit ihrer Imperative zurücktreten kann, ihre Willkür um so unsichtbarer, je mehr sie lediglich jene Verhaltensformen oder Handlungsziele einfordert, die mit diesen Wahrheiten übereinstimmen.“ (Lemke 1997: 328)

Jede historisch kontingente Wahrheit verfügt also über Machtwirkungen und gibt zugleich Auskunft über bestehende Machtverhältnisse, denn bestimmte Deutungen und die daraus resultierenden 'Notwendigkeiten' – als Vorstufen der Wahrheitsproduktion – finden mehr Gehör als andere. Foucault ordnet damit

„nicht nur Zwang und Gewalt, sondern auch Freiheit und konsensuelle Handlungsformen in die Untersuchung der Machtverhältnisse ein. Für ihn markieren Zustimmung und Einverständnis nicht per se die Abwesenheit von Herrschaftseffekten.“ (Lemke et al. 2000: 28)⁸

Nachdem Foucault Macht bis Ende der 70er Jahre als ubiquitäres Merkmal menschlicher Interaktion konzeptionalisiert hat, schafft er in seinen Vorlesungsreihen zu Fragen der Gouvernamentalität (1978/1979) erstmalig eine Unterscheidung zwischen „Machtbeziehungen als strategischen Spielen zwischen Freiheiten“ (Foucault 1985: 26) und Herrschaftszuständen als ökonomisch,

7 Die kurze Skizze der Mechanismen des Wahrheitsregimes zeigt das komplexe Zusammenspiel von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken auf. Mit der Einführung des Herrschaftsbegriffs als Institutionalisierung von Machtpraktiken wendet sich Foucault in seinen gouvernamentalitätstheoretischen Fragmenten explizit Fragen der Institutionalisierung von nicht-diskursiven Praktiken zu. Hiermit ergeben sich wichtige Anknüpfungspunkte an die soziologische Institutionenanalyse (vgl. Powell/DiMaggio 1991), die in der deutschen Auseinandersetzung unterbelichtet bleiben, da in der diskurstheoretischen Rezeption Foucaults die Rezeption seines Spätwerks vernachlässigt wird.

8 „Ich würde höchstens so weit gehen zu sagen, dass man vielleicht nicht für Konsensualität, sondern gegen Nicht-Konsensualität sein sollte.“ (Foucault 1994: 707)

politisch oder militärisch institutionalisierter Ausübung von Macht. Weiterführend für die Analyse von Sozialpartnerschaften ist jedoch vor allem eine dritte Dimension der Machtanalytik, die Foucault den strategischen Machtspielen und Herrschaftszuständen hinzufügt: die Regierungstechnologien. Dies sind Formen der Machtausübung, die über den spontanen und unregulierten Charakter der strategischen Machtspiele hinausgehen, ohne die Starrheit und Dauerhaftigkeit von Herrschaftszuständen zu besitzen. Bei dieser Dimension handelt es sich um eine Macht, die nicht direkt unterwirft, sondern die Subjekte durch die Produktion von Wahrheit anleitet, sich selbst zu führen.

„Vielleicht eignet sich ein Begriff wie Führung gerade kraft seines Doppelsinns gut dazu, das Spezifische an den Machtverhältnissen zu erfassen. 'Führung' ist zugleich die Tätigkeit des 'Anführens' anderer (vermöge mehr oder weniger strikter Zwangsmaßnahmen) und die Weise des Sich-Verhaltens in einem mehr oder weniger offenen Feld von Möglichkeiten. Machtausübung besteht im 'Führen der Führungen' und in der Schaffung der Wahrscheinlichkeit.“ (Foucault 1987: 255)

Die hier angelegte Kombination von 'Fremdführung' und 'Selbstführung' schafft im Hinblick auf die analysierte Produktion von konsensualen Lösungen in Sozialpartnerschaftsprozessen einen geeigneten Zugang, um einerseits unterschiedliche Führungsgewalten erfassen zu können, ohne die Bedeutung der Selbstführung im Rahmen eines 'Wahrheitsregimes' aus den Augen zu verlieren.⁹ Mit der Herausarbeitung der Kontingenz von Wahrheit und der Analyse ihrer Entstehungsbedingungen ist die Basis für eine theoriegeleitete Analyse der Akzeptabilitätsbedingungen geschaffen, die eine fundierte Kritik der in der aktuellen Debatte vorherrschenden Konzeptionen von 'Vernunft', 'Verantwortung' und 'Lernen' als Pfeiler des Konsenses ermöglicht.

Bei Foucault mangelt es jedoch an einer methodologischen Systematisierung sowie an konkreten Anhaltspunkten für die empirische Umsetzung. Hier sind Arbeiten weiterführend, die im Anschluss an sein Werk konkrete Mechanismen und Techniken am gegenstandsbezogenen Material entwickelt haben. Gewinnbringend ist das von Maarten Hajer verwendete Konzept der 'story lines', mit dem es gelingt, der Verschränkung von institutionellen Formen und diskursiven Zuschreibungen näher zu kommen und ihre Bedeutung für die Verankerung bestimmter Interpretationen der Welt zu erfassen (vgl. Hajer 1995).

„Als story line lassen sich Erzählungen der sozialen Wirklichkeit definieren, durch die Elemente aus vielen unterschiedlichen Gebieten miteinander verknüpft werden und die dabei den Akteuren ein Set symbolischer Assoziationen an die Hand geben, die so ein geteiltes Verständnis suggerieren. Sie wurden damit zu wiederkehrenden Metaphern – oder 'tropes' – die das öffentliche Verständnis beherrschen und die bestehende Sozialordnung rationalisierten und naturalisierten.“ (Hajer 1997: 113)

Der Rückgriff auf ein bestimmtes Element einer 'story line' aktiviert die gesamte 'story line', so dass ihre Funktion entscheidend darin liegt, die Komplexität sozialer Realität zu reduzieren (vgl. Hajer 1995: 63). Dass 'story lines'

9 Das Gouvernamentalitätskonzept von Foucault bezieht sich sowohl auf die Führung von Subjekten als auch auf die Führung von Kollektiven (vgl. Foucault 1987: 255).

in der Folge bestimmte Aspekte und vor allem spezifische Zusammenhänge dem gesellschaftlichen Bewusstsein und damit der gesellschaftlichen Aushandlung entziehen, ist ein entscheidender Mechanismus der Produktion von Wahrheit.

Die Systematisierung der Konsensanalyse anhand der Abgrenzung von Konsens und Konsensäquivalenten, der Differenzierung von Konsensreichweiten sowie der Unterscheidung von Akzeptanz und Akzeptabilitätsbedingungen ermöglicht es, der in der Debatte über das Poldermodell verbreiteten einfachen Dichotomie 'Konsens oder Dissens' zu entgehen und stattdessen die Ordnung des Konsenses in den Blick zu nehmen.

3. Die Ordnung des Konsenses im Poldermodell

3.1. Die Akzeptanz

Seit Mitte der 90er Jahre wird in weiten Teilen der Wissenschaft und der Öffentlichkeit sowie von den AkteurInnen selbst von der Evidenz konsensualer Lösungsstrategien ausgegangen. Eine kleine Minderheit von AutorInnen hingegen interpretiert den diskutierten Konsens als Mythos:

„The claim that consensus and accomodation are core characteristics of the country's political economy is the result of a selective interpretation of reality. Indeed, the selective interpretation, repeated often enough, becomes a public myth. The 'polder model' [...] is such a public myth.“ (Cox 2001: 242)

Beide Interpretationen benennen richtige Aspekte, und beide blenden in ihrer Einfachheit wichtige Ambivalenzen und gegenläufige Tendenzen aus.

In der Frage der grundlegenden Krisendeutung – was nach Hall einem Konsens der dritten Ordnung entspricht – ist seit Anfang der 80er Jahre tatsächlich eine wachsende Übereinstimmung zwischen den Akteuren zu konstatieren, die jedoch erst Mitte der 90er Jahre ihren Höhepunkt erreicht. Der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung kommt für diese Entwicklung eine zentrale Rolle zu, da der traditionell gemäßigte und an der konservativ-christdemokratischen Partei orientierte CNV zu Beginn der 80er Jahre schneller und weitgehender als der FNV die angebotspolitische Krisendeutung von Arbeitgebern und Regierung übernommen hat, was den Anpassungsdruck auf den radikaleren Dachverband forcierte. Die Überzeugung, dass Lohnzurückhaltung zur Verbesserung der Gewinnspanne der Unternehmen und damit zur Lösung der Arbeitsmarktkrise führt, war 1980 in der CNV-Analyse ebenso verankert wie die Bereitschaft, in Anbetracht dieses Zusammenhangs Kaufkraftverluste der ArbeitnehmerInnen in Kauf zu nehmen und für eine rigide Sparpolitik den traditionell von gewerkschaftlicher Seite befürworteten Weg des 'deficit spending' zu verlassen (vgl. CNV 1980: 5ff). Bereits 1979 befürwortete der CNV ein von Regierung und Arbeitgeberverbänden forciertes Abkommen zur Lohnzurückhaltung, den sogenannten *bijna accoord*, der vom FNV verhindert wurde (vgl. Akkermans 1999: 67ff).

Doch in der kurzen Zeit zwischen den gewerkschaftlichen Strategiepapieren *Aan den Slaag* (1981) und *Maak werk* (1982b) vollzog sich auch im FNV eine erste Wende hin zur Akzeptanz des von Arbeitgebern und Regierung vertretenen Primats der Konsolidierungspolitik. Die Akzeptanz der im Abkommen von Wassenaar festgeschriebenen Lohnmäßigungsstrategie folgte kurz darauf und wird auch in FNV-Kreisen als entscheidender Anpassungsschritt begriffen (vgl. Akkermans 1999: 105). Insbesondere bis Ende der 80er Jahre ist der Anpassungsprozeß jedoch durch zahlreiche Brüche und gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet – sei es, dass eine staatliche Investitionspolitik statt Austeritätspolitik eingefordert (vgl. FNV Jaarverslag 1984: 7) oder dass die Notwendigkeit antizyklischer Maßnahmen betont wurde (vgl. Akkermans 1999: 124). Dieser Brüche zum Trotz kann der allmähliche gewerkschaftliche Anpassungsprozess von einer keynesianisch fundierten Krisendeutung an das angebotspolitische Paradigma anhand von Dokumenten gut illustriert werden (vgl. ebd.: 105; Becker 2001: 25f) und stellt eine neue Dimension paradigmatischer Übereinstimmung, also einen Konsens dritter Ordnung dar.

Doch trotz der Annäherung der grundlegenden Krisendeutungen finden sich hinter manchem vermeintlichen Konsens Anzeichen eines klassischen Kompromisses. Der Tausch als Mittel der Akzeptanzbeschaffung nimmt im Politikprozess weiterhin eine zentrale Rolle ein, auch wenn die Bedeutung der Tauschhandlung und die Tauschbedingungen durch den neuen Konsens auf der paradigmatischen Ebene strukturiert sind. So stellt das Abkommen von Wassenaar einen klassischen Austausch von Arbeitszeitverkürzung gegen Lohnmäßigung dar (vgl. Wolinetz 1989: 93).¹⁰ Zugleich war es aber eine neue Entwicklung und Ausdruck einer Annäherung der Krisendeutungen der Akteure, dass der FNV überhaupt bereit war, Lohnzurückhaltung als Tauschmittel einzusetzen. Auch im Rahmen der zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern getroffenen Vereinbarung *Flexibiliteit en Zekerheid* ist ein Kompromiss angelegt: Der Tausch zwischen der Regulierung von Teilzeitarbeitsverhältnissen und der Deregulierung von Normalarbeitsverhältnissen war aber eingebettet darin, dass sich Arbeitgeber und Gewerkschaften – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten – auf die damit verbundene Formel 'Flexicurity'¹¹ als zukunftsweisendes Konzept einigen konnten.

Ein Blick auf die Niederlande seit 1982 offenbart darüber hinaus jedoch vor allem eins: eine bewegte Konfliktgeschichte. Die kurz vor dem *Abkommen von Wassenaar* konstituierte niederländische Regierung aus Konservativen und Rechtsliberalen verfolgte entgegen der späten prominenten Deutung des Einschnitts von 1982 gerade keine an gesellschaftlichem Konsens und Einigung

10 In der Presse findet der Aspekt der Arbeitszeitverkürzung 1982 interessanterweise mehr Beachtung als die angekündigte Lohnzurückhaltung (Rensen 1982; Boeker/Goudzwaard 1982).

11 Der Verknüpfung von flexibility und security (vgl. Wilthagen 1998).

mit den Sozialpartnern orientierte politische Strategie: Ihre „Polarisierungsstrategie, die legitimatorisch als Rückgewinnung des Primats der Politik (‘no nonsense Politik’) verkauft wurde, hatte Mitte der 80er Jahre zu einigen grundlegenden Einschnitten und Reformen geführt, die man bildlich wohl am besten mit dem ‘Schlachten der heiligen Kühe’ ausdrückt.“ (Kleinfeld 1990: 238) Eine 3%-ige Kürzung der Gehälter im öffentlichen Sektor führte 1983 zu wochenlangen Streiks und großen Protesten. Auch die Kürzung von Lohnersatzleistungen im Fall von Krankheit und Arbeitslosigkeit von 80% auf 70% rief heftige Proteste der Gewerkschaften hervor. Hiermit lagen – der Differenzierung von Konsensreichweiten folgend – Konflikte erster Ordnung vor, die die Festlegung von Leistungshöhen im Rahmen der bestehenden Regelungen betrafen. Einen weiteren zentralen Eskalationspunkt stellte 1991 die Reform der Arbeitsunfähigkeitsversicherung dar. Nachdem sich die Politik in den 80er Jahren auf Leistungssenkungen beschränkt hatte, wurde nun erstmals anhand verschärfter Zugangskriterien der Versuch unternommen, den Zustrom der LeistungsempfängerInnen zu regulieren und damit die Struktur des Versicherungssystems zu verändern (vgl. Aarts/de Jong 1996). Kurzzeitige Arbeitsniederlegungen, zahlreiche landesweite Demonstrationen sowie Konflikte im SER waren Ausdruck des an diesem konkreten Fall entzündeten gesellschaftlichen Konflikts um die Zukunft des Sozialstaats, der als ein Konflikt zweiter Ordnung verstanden werden kann (vgl. FNV/CNV/MHP 1992). Auch die Frage der Lohnzurückhaltung gestaltete sich trotz ihres zentralen Stellenwerts im sogenannten Poldermodell keineswegs konfliktfrei. Zusätzlich zu Konflikten über konkrete Lohnerhöhungen hat der FNV insbesondere Mitte der 90er Jahre mit der Aufkündigung der Lohnzurückhaltungsstrategie gedroht, falls die Arbeitgeber ihre Anstrengungen zur Beilegung der Arbeitsmarktkrise nicht verstärken sollten (vgl. Trouw 1995).

Zudem ist ein großer Dissens auf der Verfahrensebene zu konstatieren: Während die Gewerkschaften die Vorzüge der niederländischen korporatistischen Tradition betonten (vgl. FNV 1985: 43ff), schränkte die Regierung korporatistische Einflüsse ein, um das Primat der Politik wiederherzustellen: Seit Anfang der 80er Jahre umgingen verschiedene Regierungen ungeachtet des Protests der Gewerkschaften zunehmend die offiziellen korporatistischen Institutionen (vor allem den *Sozial-Ökonomischen Rat* und die *Stiftung der Arbeit*) zugunsten des wachsenden Einflusses von sogenannten Sachverständigen- und Expertengremien (vgl. Kleinfeld 1997: 254).

Konfliktfrei ist die als Konsensmodell geltende Erfolgsgeschichte also selbst auf den ersten Blick nicht. Aus der wachsenden Übereinstimmung der Krisendeutungen können demnach keine einfachen Rückschlüsse auf den konkreten Politikprozess gezogen werden: Konflikte über qualitative und quantitative Veränderungen bestehender Regelungen sowie Auseinandersetzungen über die Form der Politikgestaltung bleiben an der Tagesordnung. Von einem

Konsens erster oder zweiter Ordnung kann im niederländischen Politikprozess der beiden vergangenen Jahrzehnte nicht die Rede sein.

3.2 Die Akzeptabilitätsbedingungen

Dennoch gibt es konsensuale Übereinstimmungen, die erklärungsbedürftig sind: Das ist zum einen der skizzierte angebotspolitische Konsens und zum anderen die im Zuge der internationalen Aufmerksamkeit für das Poldermodell entstandene Übereinstimmung darüber, dass es seit dem Abkommen von Wassenaar einen umfassenden Konsens zwischen allen Akteuren gegeben habe. In beiden Fälle stellt sich die Frage, wie diese Deutungen für alle Akteure akzeptabel werden konnten. In den Niederlanden sind drei sogenannte ‘story lines’ auszumachen, die die Akzeptabilitätsbedingungen des Konsenses entscheidend strukturiert haben, indem sie durch spezifische Verknüpfungen die angebotspolitische Krisendeutung als richtige und vernünftige Lösung verankert haben. Aus einer sozialen Regulierung ist infolgedessen in der öffentlichen Wahrnehmung eine natürliche und notwendige Entwicklung geworden. Hierbei handelt es sich zunächst um die ‘story line’ der sogenannten *dutch disease*, die die hohe, strukturelle Arbeitslosigkeit, das hohe Haushaltsdefizit, die passive Struktur des Sozialstaates, die niedrige Beschäftigungsquote, die hohe Abgabenlast sowie die Rezessionstendenzen beschreibt (vgl. Cox 1993: 175ff.). Die *dutch disease* wurde ideologisch mit dem Keynesianismus verknüpft, der Anfang der 80er Jahre insbesondere in der Position des FNV seinen Ausdruck fand. Jede Politik, die hiervon Abstand nahm, wurde in der Folge und in expliziter Abgrenzung zu keynesianischen Maßnahmen als richtige und wirksame ‘Medizin’ gegen die holländische Krankheit eingeführt, was den Weg für die zunehmende Durchsetzung angebotspolitischer Instrumente ebnete:

„Die Regierung lebt auf zu großen Fuß. Um die finanziellen Probleme zu lösen stehen zwei Wege offen. So kann die Steuerbelastung erhöht werden, was jedoch schlecht für die Wirtschaft ist. [...] Einsparungen, die Senkung der Steuerbelastung und Privatisierungen haben hingegen zum Ziel, die niederländische Ökonomie wieder *gesund* zu machen.“ (Gortzak 1983 Übersetzung d. Verf.)¹²

Die Durchsetzung der Lohnzurückhaltungsstrategie wurde durch die bis Mitte der 60er Jahre in den Niederlanden vorherrschende Tradition der Lohnzurückhaltung in korporatistischen Arrangements auf nationaler Ebene erleichtert: Entscheidend ist hier die Bedeutung dieser Strategie im ‘nationalen Gedächtnis’, d.h. der ihr zugeschriebene Einfluss für die Entwicklung der niederländischen Ökonomie nach dem zweiten Weltkrieg. Diese Geschichte stellt für die Rückkehr zur Lohnzurückhaltung in den 80er Jahren zwar kein Erklärungsmuster im engeren Sinne dar, aber sie bildet ein Netz von Praktiken und Deutungen, das für die Verankerung von Lohnzurückhaltung als ‘Medizin’ gegen die *dutch disease* 20 Jahre später mobilisiert werden konnte.

12 Vgl. auch Delsen, der Lohnzurückhaltung als Medizin beschreibt (2000: 4).

Bezeichnend aus diskurstheoretischer Sicht ist der Terminus 'no nonsens'-Politik, mit dem die 1982 gewählte rechts-liberale Regierung den eingeschlagenen, radikal angebotspolitischen Kurs bezeichnete (vgl. Visser 1990: 213). Die im öffentlichen Diskurs gelungene Identifizierung von Keynesianismus und 'nonsens' förderte die Abkehr der Gewerkschaften vom keynesianischen Paradigma. Damit war jedoch keine durchgängige und explizite angebotspolitische Argumentation verbunden.¹³ Die Anpassungsschritte vollzogen sich im Gegenteil häufig im Rahmen einer abgrenzenden Rhetorik gegenüber dem Regierungskurs. Doch gerade der kritische Impetus bringt zum Ausdruck, was *nicht* (mehr) kritisiert wird, d.h. was bereits zur Normalität, zum vertrauten Denkschema, geworden ist. So kritisiert der FNV in seiner Publikation *Werk, werk, werk* von 1993 zwar heftig die Radikalität der Austeritätspolitik und das Ausmaß der Steuersenkungen, aber der qualitative Kern der Politik bleibt unwidersprochen und wird damit reproduziert (vgl. FNV 1993: 6).

Parallel und ihren Höhepunkt erst Anfang bis Mitte der 90er Jahre erreichend existiert die 'story line' des 'immobilen Korporatismus', der als eine Ursache der *dutch disease* begriffen wurde. In diesem „viscosity discourse“ (Hendriks/Toonen 2001b: 8), „[which] had [...] become the socially-accepted stance in politics“ (Hendriks 2001: 24) galten die auf Übereinstimmung ausgerichteten komplexen Entscheidungsprozesse, in denen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände eine zentrale Rolle spielten, als unvereinbar mit einer an Tempo gewinnenden, globalisierten Welt. Das Argument implizierte in der Regel, dass widerstreitende Positionen verschiedener Akteure sowie Partialinteressen den Politikprozess lähmen. In der wissenschaftlichen Debatte war die Rede von „Corporatist immobility“ (Hemerijck 1996) an der Tagesordnung. In der Presse wurden bereits ein Jahr nach dem Akkord von Wassenaar die Verhandlungsökonomie und das sogenannte Harmoniemodell weitgehend für tot erklärt (vgl. Gortzak 1983; Breedveld 1983). Allein die Gewerkschaften blieben ungebrochen starke BefürworterInnen der Verhandlungsdemokratie (vgl. FNV 1992). Radikale Umstrukturierungen ohne Absprache und gegen die Position der Gewerkschaften konnten entgegen der niederländischen Tradition in diesem Rahmen als notwendige Schritte im Kampf gegen die *dutch disease* konzeptionalisiert werden, die im Sinne des Gemeinwohls gegen die Partikularinteressen der Gewerkschaften durchgesetzt werden mussten.

13 Einen guten Einblick bieten hier die Jahresberichte des FNV: Bis Mitte der 80er Jahre werden Fragen der Krisendeutung umfassend anhand nachfrageorientierter Konzepte dargelegt (vgl. FNV 1983: 5ff). Der schrittweise Anpassungsprozeß hingegen zeichnet sich nicht durch die theoretische Ausführung angebotspolitischer Argumentationen als vielmehr durch zunehmend allgemeinere und schlagwortbesetzte Berichte seit Ende der 80er Jahre aus (vgl. FNV 1988: 5f). Vor allem seit Anfang der 90er Jahre wird die Rede von ‚Anpassungsnotwendigkeiten‘, ‚Verantwortungsübernahme‘ oder ‚Anerkennung der Realität‘ in Gewerkschaftspublikationen zu einem faktischen Synonym für die Anerkennung angebotspolitischer Deutungsmuster (vgl. FNV 1992: 20).

Diese 'story line' wird erst 1996 durch die Entstehung der 'story line' Poldermodell abgelöst, in der die aufsehenerregenden beschäftigungs- und stabilitätspolitischen Erfolge untrennbar mit einem angebotspolitischen Konsens sowie einer zentralen Rolle der Gewerkschaften verknüpft werden. Erst mit Verzögerung wendete sich im Zuge des internationalen Lobs für das niederländische Modell auch im Land selbst der Diskurs (vgl. Hendriks/Toonen 2001b: 268). Der Verweis auf einen neuen Konsens der Akteure diente als Begründung für die mögliche Revitalisierung der lange Zeit kritisierten Verhandlungsdemokratie (vgl. van Schaik 1997; Wolinetz 2001: 264) und ermöglichte retrospektive die Umdeutung der korporatistischen Geschichte der 80er und 90er Jahre.

Die Gewerkschaften, die seit Anfang der 80er Jahre gegen die Popularität der 'primacy of politics' um ihren zentralen Platz am Verhandlungstisch gerungen hatten, wurden nach Jahren der Krise und des zunehmenden Einflußverlustes über Nacht zu Protagonisten der Erfolgsstory. „Now the unions could claim this development as their success, and they did“ (Becker 2001: 29). Da in der 'story line' die Erfolge jedoch nicht nur mit der Rolle der Gewerkschaften im Verhandlungssystem, sondern auch mit der Annahme eines umfassenden Konsenses seit dem Abkommen von Wassenaar verbunden waren, stellte die rückwirkende Anerkennung dieses Konsenses den Preis für die Teilhabe an der Erfolgsgeschichte dar.¹⁴ Die zuvor skizzierten zentralen Konflikte (erster und zweiter Ordnung), die die Zeit von 1982 bis 1997 entscheidend geprägt hatten, mussten infolgedessen in der gewerkschaftlichen Interpretation des holländischen Wunders nachträglich eingeebnet werden (vgl. FNV 1997a: 18). Das Abkommen von Wassenaar wurde unter Ausblendung des einstmals für die Gewerkschaften so wichtigen Aspekts der Arbeitszeitverkürzung auf die vereinbarte Lohnzurückhaltung reduziert. Mit der Affirmation der Erfolgsgeschichte akzeptierten die Gewerkschaften expliziter und ungebrochener als zuvor die Notwendigkeit der angebotspolitischen Wende (vgl. Akkermans 1999: 166). Dieser Schritt wurde durch die Interpretation des Poldermodells als erfolgreicher Prototyp des Dritten Weges zwischen sogenannter Euroskeleose und grenzenlosem Neo-Liberalismus forciert und erleichtert. Der Bezug auf die soziale Rhetorik des 'Dritten Weges' ermöglichte es den Gewerkschaften, trotz der Aneignung des angebotspolitischen Paradigmas die Kontinuität der eigenen Position zu betonen (vgl. FNV 1997b). Hier kommt die Bedeutung der vielseitigen Interpretierbarkeit einer story line zum Ausdruck, die sie für unterschiedliche Akteure anschlussfähig macht (vgl. Hajer 1995: 61).

Die Skizzierung von 'story lines' stellt eine Strukturierung und Darlegung der Akzeptabilitätsbedingungen auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau dar. Zur weiteren Konkretisierung können spezifische Techniken zur Unterschei-

14 So betont der FNV-Vorsitzende Lodewig de Waal, „dass in diesem Moment kein anderes Modell besser funktioniert als unser Konsensmodell.“ (Kalma 1997; Übersetzung der Verf.)

dung von 'Wahrem' und 'Falschem' herausgearbeitet werden, die die Grundpfeiler eines Wahrheitsregimes bilden. So ist im niederländischen Fall die diskursive Herstellung eines allseits anerkannten gesellschaftlichen Makroakteurs von entscheidender Bedeutung. Mit dem *Centraal Planning Bureau* (CPB) existiert ein zentrales, einflussreiches und als unabhängig geltendes Forschungsinstitut, das eine relevante Rolle in der Verankerung angebotspolitischer Maßnahmen als 'notwendige' Schritte gespielt hat. Entscheidend ist dabei nach Hajer, der diesen Mechanismus anhand des öko-modernistischen Diskurses in Großbritannien und den Niederlanden nachweisen konnte, „das Entstehen eines subpolitischen Bereiches, in dem die politische Entscheidung darüber, wie auf ein bestimmtes Problem zu reagieren ist, gänzlich aus der politischen Diskussion herausgenommen ist“ (Hajer 1997: 115). Der Einfluss der vom CPB veröffentlichten Daten und Analysen, die stets in eine angebotspolitische Richtung gewirkt haben, wird als legendär eingeschätzt, da das Institut von unterschiedlichsten Seiten als neutrale und objektive Instanz anerkannt wird (vgl. Delsen 2000: 15). Gewerkschaften, Arbeitgeber, sämtliche Parteien und die Regierung verwenden die Analysen gleichermaßen zur Fundierung ihrer Positionen.

„In den 80er Jahren hat das *Centraal Planning Bureau* eine entscheidende Rolle darin gespielt, das geeignete Klima für einen erneuerten Konsens zu schaffen. Seine Diagnose der Ursachen der ökonomischen Probleme – hohe Lohnkosten, das große Budgetdefizit und der umfangreiche öffentliche Sektor – wurden allgemein akzeptiert.“ (Akkermanns 1999: 106; Übersetzung d. Verf.)

Schon diese kurze Skizze der Akzeptabilitätsbedingungen für konsensuale Übereinstimmungen zeigt deutliche Unterschiede hinsichtlich der Gestaltungspotentiale der verschiedenen Akteure auf. Es sind die Gewerkschaften, die sich zu Zeiten schwindender Machtressourcen einer von Arbeitgeberverbänden und Regierung forcierten Krisendeutung annähern, die zudem von einem einflussreichen Expertengremium forciert wird und dem aufkommenden internationalen Mainstream entspricht. Der gelungenen, über einflussreiche 'story lines' abgesicherten Identifizierung alternativer Krisendeutungen mit der *dutch disease* folgten die ersten Anpassungsschritte des geschwächten Akteurs an die angebotspolitische Krisendeutung.

Da es den Gewerkschaften im Folgenden an einer geschlossenen und konsistenten Krisendeutung fehlte, schwächten sie ihre eigenen Positionen: Durch die Fokussierung ihrer Kritik auf das Ausmaß der von Regierungsseite betriebenen Umstrukturierungen arbeiteten sie an der Verankerung des angebotspolitischen Kerns mit, der zunehmend zur unhinterfragten Basis der weiterhin umstrittenen konkreten politischen Umsetzung wurde. Die aktive Übernahme der Rolle der Erfolgsarchitekten des *holländischen Wunders*, die den Gewerkschaften seit 1997 nahegelegt wurde, vollendete schließlich den Weg vom Anpassungsdruck zur aktiven Aneignung: In ihrem Bestreben, die eigene Geschichte der Krisen und Niederlagen in eine Erfolgsgeschichte umzudeuten,

arbeiteten sie aus anderen Beweggründen als Arbeitgeber und Regierung an der expliziten Verknüpfung von Angebotspolitik und Krisenlösung sowie an der rückwirkenden Konstruktion eines umfassenden Konsenses mit.¹⁵ Es kann also weder von einer gleichberechtigten Ausgangsposition, d.h. von einem durch alle Akteure in ähnlichem Maß gestalteten Prozess, noch von einem einfachen Zwangs- oder Unterwerfungsverhältnis die Rede sein. Vielmehr ist das beobachtbar, was Foucault das „Führen der Führungen“ (Foucault 1987: 255) genannt hat, um das Zusammenspiel von Techniken der Fremdführung sowie Formen der Selbstführung zu umschreiben.

4. Fazit: Die krisenbedingte Strukturierung des Konsenses

Der aktuell vieldiskutierte sozialpartnerschaftliche Konsens wurde hier ausführlich anhand des niederländischen Poldermodells diskutiert, da die neuen Kooperationen von Gewerkschaften, Regierung und Arbeitgebern in der Debatte vielfach als Beweis für das Ende der gewerkschaftlichen Krise herangezogen werden. Konsens und Krise werden in dieser Debatte als sich ausschließende Gegensätze beschrieben: Über die Hinwendung zu den richtigen Lösungsstrategien, die aus der Naturalform konstatiert Probleme abgeleitet werden, erweisen die Gewerkschaften sich dieser Deutung zufolge als verantwortungsbewusste Akteure, ermöglichen damit einen gesellschaftlichen Konsens hinsichtlich der Krisenlösung und befreien sich zugleich durch die Mitgestaltung einer am Gemeinwohl orientierten Kooperation selbst aus der Defensive.

Wie gezeigt werden konnte, ist die Frage, ob ein Konsens vorliegt oder nicht, jedoch weder so leicht zu beantworten, wie es suggeriert wird, noch ist sie umfassend genug, um aussagekräftig zu sein: Die beispielhaften Ausführungen zur Akzeptanz, d.h. der materialen Evidenz konsensueller Übereinstimmungen, haben gezeigt, dass häufig klassische Kompromisse in einen Konsens umgedeutet werden und zentrale Konflikte in der Darstellung ausgeblendet bleiben. Hinsichtlich des angebotspolitischen Paradigmas als Basis der sozialpartnerschaftlichen Kooperationen ist zwar eine wachsende Akzeptanz auf gewerkschaftlicher Seite zu konstatieren. Ausgehend von Foucaults Studien zur Gouvernementalität konnte aber gezeigt werden, dass die Frage der Akzeptanz untrennbar mit den Bedingungen der Akzeptabilität verbunden ist. Erst durch diesen Fokus wird deutlich, dass konsensuale Ergebnisse nicht Ausdruck von Vernunft oder Verantwortungsbewusstsein sind, sondern das Produkt einer durch bestehende Herrschaftsverhältnisse strukturierten, spezifischen sozialen

15 Hajer betont in diesem Zusammenhang, dass „der ‚Gebrauch‘ bestimmter ‚story lines‘ [...] seitens der Akteure aus ganz verschiedenen Gründen erfolgen [mag], was jedoch nichts daran ändert, dass sie gleichzeitig mithelfen, eine ganz bestimmte Sichtweise in der Gesellschaft zu reproduzieren.“ (Hajer 1997: 111)

Regulierung. Der Konsens stellt sich vor diesem Hintergrund ambivalent und widersprüchlich dar, tief verankert und brüchig zugleich, von Einigkeit und von Macht geprägt: Tief verankert in der Durchsetzung des angebotspolitischen Paradigmas, brüchig in vielen Fragen der konkreten Politikgestaltung; einig in der rückwirkenden Definition eines umfassenden Konsenses, machtdurchdrungen in der Verankerung und allseitigen Aneignung der angebotspolitischen Deutung als Wahrheit.

Was aber bedeutet diese vielschichtige Situation für die aktuelle Position der niederländischen Gewerkschaften? Die Rekonstruktion des vieldiskutierten Konsenses hat gezeigt, dass die Komplexität seiner Ordnung – die Parallelität von Konflikten, Kompromissen und Übereinstimmungen – der verbreiteten kausalen Schlussfolgerung entgegensteht, in der aus einem vermeintlich umfassenden Konsens das Ende der gewerkschaftlichen Krise hergeleitet wird. Und auch im Hinblick auf die in den letzten 20 Jahren tatsächlich gewachsene Akzeptanz des angebotspolitischen Paradigmas ist die These der konsensbedingten Krisenüberwindung nicht haltbar: Ein Blick auf die Bedingungen der Konsensgenese zeigt, dass Krise und Konsens keine sich ausschließenden Gegensätze darstellen, sondern dass die gewerkschaftliche Krise seit Anfang der 80er Jahre vielmehr immanenter Bestandteil der Ordnung des angebotspolitischen Konsenses im Poldermodell ist. Die sich in der Krise manifestierende Schwäche der Gewerkschaften stellt eine notwendige Voraussetzung des konsensualen Einigungsprozesses dar. Die Entstehung des angebotspolitischen Konsenses zeigt, dass die geschwächten ArbeitnehmervertreterInnen die lange Jahre abgelehnte und bekämpfte Krisendeutung übernommen und im Zuge dessen auf neuem Niveau legitimiert und stabilisiert haben. Im Gegensatz zur Ausgrenzung der Gewerkschaften im Neoliberalismus britischer und US-amerikanischer Prägung kann ihre Integration über den sozialpartnerschaftlichen Konsens in diesem Sinne als effektive und 'nachhaltige' Strategie des angebotspolitischen Umbaus verstanden werden. Eine soziale Regulierung, die ein Einverständnis über vermeintlich notwendige Maßnahmen produziert, ersetzt in diesem Rahmen die Marginalisierung. Die Ordnung des Konsenses stellt sich somit als „Ordnung des Wahren“ (Foucault 1978: 51) dar, die zwar von allen Akteuren mitgestaltet wird, aufgrund der unterschiedlichen Machtressourcen aber nicht das Resultat eines von Herrschaftseffekten befreiten Prozesses ist.

Im Unterschied zu klassisch ideologiekritischen Ansätzen geht es hier jedoch nicht darum, den Konsens als Strategie der Verschleierung der 'tatsächlichen' Verhältnisse zu enttarnen oder eine durch Machtverhältnisse verzerrte Wahrheit in ihrer Naturalform aufzudecken. Wahrheit ist den sozialen Verhältnissen nicht äußerlich und kann somit nicht in 'reiner Form' – also unabhängig von Machtbeziehungen – funktionieren. „Kurz, die politische Frage ist nicht der Irrtum, die Illusion, das entfremdete Bewußtsein oder die Ideologie, sie ist

die Wahrheit selbst.“ (Foucault 1978: 54) Nicht die Entdeckung der Wahrheit, sondern der Prozess der Erfindung von Wahrheit als Zement eines jeden Konsenses ist deshalb von Interesse.

Die Diskussion des Poldermodells illustriert diese Verschränkung von Macht, Wahrheit und Konsens, die auch für andere „Erfolgspartnerschaften“ von konstitutiver Bedeutung ist. Jede Analyse, die diesen Zusammenhang ausblendet, arbeitet darin mit, Ergebnisse eines machtdurchdrungenen sozialen Regulierungsprozesses als universale Wahrheit zu etablieren.

Literatur

- Aarts, Leo J.M.; de Jong, Richard R. (1996): The dutch disability program and how it grew, in: Aarts, Leo J.M. et al. (eds.), *Curing the Dutch Disease. An International Perspective on Disability Policy Reform*, Aldershot et al., 21-46.
- Akkermann, Tinie (1999): *Redelijk bewogen. De koers van de FNV 1976-1999; Van maatschappijkritiek naar zaakwaarneming*, Utrecht.
- Akkoord van Wassenaar (1982): *Centrale aanbevelingen inzake aspecten van een werkgelegenheidsbeleid*, s-Gravenhage.
- Baglioni, Guido; Crouch, Colin (eds.) (1990): *European Industrial Relations. The Challenge of Flexibility*, London et al.
- Becker, Uwe (2001): A 'Dutch Model': Employment Growth by Corporatist Consensus and Wage Restraint? A Critical Account of an Idyllic View, in: *New Political Economy*, Vol. 6, Nr. 1, 19-43.
- Boeker, Egbert; Goudzwaard, Bob (1982): Drastische verkorting van de arbeidstijd, in: *Trouw* 30.11.1982.
- Braun, Dietmar; Kemar, Hans (1986): Politikstrategien und Konfliktregulierung in den Niederlanden. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 27, Nr. 1, 78-99.
- Breedveld, Willem (1983): Bankroet van overleg, in: *Trouw* 26.11.1983.
- CNV (1980): *Om werk en welzijn. Sociaal-politiek programma CNV 1981-1985*, Utrecht.
- Cox, Robert Henry (1993): *The Development of the Dutch welfare state. From Workers' Insurance to Universal Entitlement*, Pittsburgh/London.
- Cox, Robert Henry (2001): *Explaining the Paradox of the Polder Model: Warts and All*. In: Hendriks/Toonen 2001a, 241-254.
- Delsen, Lei (2000): *Exit Poldermodel? Sociaal-economische ontwikkelingen in Nederland*, Assen.
- Fajertag, Guisepppe; Pochet, Phillipe (Hrsg.) (2000): *Social Pacts in Europe - New Dynamics*, Brüssel.
- FNV (1981): *Aan den Slaag. De FNV-aanpak voor de komende jaren*, Amsterdam.
- FNV (1982a): *Jaarverslag*, Amsterdam.
- FNV (1982b): *Maak werk*, Amsterdam.
- FNV (1983): *Jaarverslag*, Amsterdam.
- FNV (1984): *Jaarverslag*, Amsterdam.
- FNV (1985): *Kiezen voor nieuwe kansen*, Amsterdam.
- FNV (1988): *Jaarverslag*, Amsterdam.
- FNV (1992): *De FNV en de Overlegeconomie*, Amsterdam.
- FNV (1993a): *Werk, werk, werk, en nog eens werk*, Amsterdam.
- FNV (1993b): *Veelkleurige vooruitzichten*, Amsterdam.
- FNV (1997a): *Jaarverslag*, Amsterdam.
- FNV (1997b): *Minder markt, meer mens*, Amsterdam.
- FNV/CNV/MHP (1992): *Een hete herfst. Die acties van FNV, CNV en MHP tegen de WAO- en Ziektewetplannen van het kabinet Lubbers/Kok in 1991*, Groningen.
- Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin.
- Foucault, Michel (1985): Freiheit und Selbstsorge, Gespräch 20.01.1984, in: Becker, Helmut et al. (Hrsg.): *Freiheit und Selbstsorge*, Frankfurt a.M., 7-28.
- Foucault, Michel (1987): *Das Subjekt und die Macht*. In: Dreyfus, Hubert L.; Rabinow, Paul, *Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Frankfurt a.M., 243-261.

- Foucault, Michel (1994): Politik und Ethik. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Jg. 42, Nr. 4, 703-708.
- Foucault, Michel (1996): *Diskurs und Wahrheit. Die Problematisierung der Parrhesia*, (Transkript von sechs Vorträgen vom Oktober und November 1983 an der Universität von Berkeley/CA), Berlin.
- Gortzak, Wouter (1983): *Het einde van de overlegmaatschappij*, in: *Het Parool*, 26.11.1983.
- Hajer, Maarten A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*, Oxford.
- Hajer, Maarten A. (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel. Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel. In: *Soziale Welt* 48, 107-132.
- Hemerijck, Anton C. (1996): Corporatist Immobility in the Netherlands. In: Crouch, Colin; Traxler, Franz (ed.): *Organized Industrial Relations in Europe: What Future?* Aldershot et al., 183-226.
- Hemerijck, Anton C. et al. (2000a): *Innovation through Co-ordination - Two Decades of Social Pacts in the Netherlands*. In: Fajertag/Pochet, 257-278.
- Hemerijck, Anton C. et al. (2000b): *How Small Countries Negotiate Change. Twenty-Five Years of Policy Adjustment in Austria, the Netherlands, and Belgium*, in: Scharpf, Fritz W.; Schmidt, Vivian A. (eds.): *Welfare and Work in the Open Economy. Volume II. Diverse Responses to Common Challenges*, Oxford, 175-263.
- Hendriks, Frank (2001): *Polder Politics in the Netherlands: The 'Vicious State' Revisited*, in: Hendriks/Toonen 2001a, 21-40.
- Hendriks, Frank; Toonen, Theo A.J. (2001a): *Polder Politics. The re-invention of consensus democracy in the Netherlands*, Aldershot.
- Hendriks, Frank; Toonen, Theo A.J. (2001b): *Introduction: Towards an Institutional Analysis of Dutch Consensualism*. In: Hendriks/Toonen 2001a, 2-30
- Hall, Peter (1993): Policy Paradigms, Social Learning and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain. In: *Comparative Politics* 25, 275-296.
- Kalma, Paul (1997): Het Delta-model: rijk achter de dijk, in: *De Volkskrant* 25.01.1997.
- Kleinfeld, Ralf (1990): *Mesokorporatismus in den Niederlanden*, Frankfurt a.M. et al.
- Kleinfeld, Ralf (1997): *Das niederländische Modell - Grundzüge und Perspektiven einer Modernisierung des Sozialstaats*, in: Enquete-Kommission 'Zukunft der Erwerbsarbeit' des Landtages NRW: Strategien zur Belebung des Arbeitsmarktes, Düsseldorf 2000, 213-375.
- Lehmbruch, Gerhard (1969): Strukturen ideologischer Konflikte bei Parteienwettbewerb. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 10, 285-313.
- Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin/Hamburg.
- Lemke, Thomas et al. (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich et al. (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M., 7-40.
- Levitas, Ruth (1998): *The Inclusive Society? Social Exclusion and New Labour*, Houndmills et al.
- Luhmann, Niklas (1964): *Funktionen und Folgen formaler Organisation*, Berlin.
- Negrelli, Serafino (2000): *Social Pacts in Italy and Europe: Similar Strategies and Structures; Divergent Models and National Stories*, in: Fajertag/Pochet, 85-112
- Stichting van de Arbeid (1996): *Nota 'Flexibiliteit en Zekerheid'*, Publicatienr. 2/96, Amsterdam.
- OECD (1997): *Employment Outlook 1997*, Paris.
- OECD (1998): *Employment Outlook 1998*, Paris.
- OECD (1999): *Employment Outlook 1999*, Paris.
- Offe, Claus (2002): Wessen Wohl ist das Gemeinwohl? In: Münkler, Herfried; Fischer, Karsten (Hrsg.): *Gemeinwohl und Gemeinsinn*. Bd. 2: Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung, Berlin, 55-76.
- Pizzorno, Alessandro. (1978): *Political Exchange and Collective Identity in Industrial Conflict*, in: Crouch, Colin; Pizzorno, Alessandro (Hrsg.): *The Resurgence of Class Conflict in Western Europe Since 1968*, Vol. II London, 277-298.
- Pochet, Phillipe; Fajertag, Guisepppe (2000): *A new Era for Social Pacts in Europe*, in: Fajertag/Pochet, 9-40.
- Powell, Walter W.; DiMaggio, Paul J. (eds.) (1991): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago/London.

- Regini, Marino (2000): Between Deregulation and Social Pacts: The Response of European Economies to Globalization, in: *Politics & Society*, Vol. 28, Nr. 1, 5-33.
- Rensen, Rik (1982): *Bonden moeten voorstellen doen voor werktijdverkorting*, in: NRC Handelsblad 26.11.1982.
- Rhodes, Martin (1998): Globalization, Labour Markets and Welfare States: A Future of 'Competitive Corporatism'? in: Rhodes, Martin; Mény, Yves (ed.): *The Future of European Welfare. A New Social Contract?* Houndmills et al., 178-203.
- Rhodes, Martin (2001): Globalization, Welfare States and Employment: Is there a European 'Third Way'? In: Bermeo, Nancy: *Unemployment in the New Europe*, Cambridge, 87-120.
- Schaik, Fritz van (1997): Het 'poldermodel' is zo slecht niet, in: *Trouw* 09.08.1997.
- Schmid, Michael (1992): Soziale Ordnung und kultureller Konsens. In: Giegel, Hans-Joachim (Hrsg.): *Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften*, Frankfurt a.M., 113-150.
- Traxler, Franz (1993): Vom Nachfrage- zum Angebotskorporatismus? In: Tálos, Emmerich (Hrsg.): *Sozialpartnerschaft, Kontinuität und Wandel*, Wien, S. 103ff.
- Trouw (1995): Melkert: Blijf lonen matigen, in: *Trouw* 09.02.1995.
- van der Veen, Romke; Trommel, Willem (1998): *The Dutch Miracle. Managed Liberalisation of the Dutch Welfare State. A review analysis of the reform of the Dutch social security system 1985-1997*. IPPR working paper, October 1998.
- Visser, Jelle (1990): *Continuity and Change in Dutch Industrial Relations*. In: Baglioni/Crouch, 199-242.
- Visser, Jelle; Hemerijck, Anton (1998): *Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden*, Frankfurt a.M./New York.
- Visser, Jelle (2000): Netherlands. In: Ebbinghaus, Bernhard; Visser, Jelle (eds.): *The Societies of Europe. Trade Unions in Western Europe since 1945*, London, 429-502.
- Wijnjaert, Rob van de (1994): *Trade Unions and Collective Bargaining in the Netherlands*, Amsterdam.
- Wilthagen, Ton (1998): *Flexicurity: A New Paradigm for Labour Market Policy Reform?* Discussion Paper FS I 98-202, WZB, Berlin.
- Wolinetz, Steven B. (1989): Socio-Economic Bargaining in the Netherlands: Redefining the Post-War Policy Coalition. In: *West-European Politics*, Vol. 12, Nr. 1, 79-98.
- Wolinetz, Steven B. (2001): Social Partnership and Competitive Corporatism in the Netherlands. In: Bermeo, Nancy (ed.): *Unemployment in the New Europe*, Cambridge, 245-270.